



28.07.2022 • Dr. Guido Zimmermann, Senior Economist

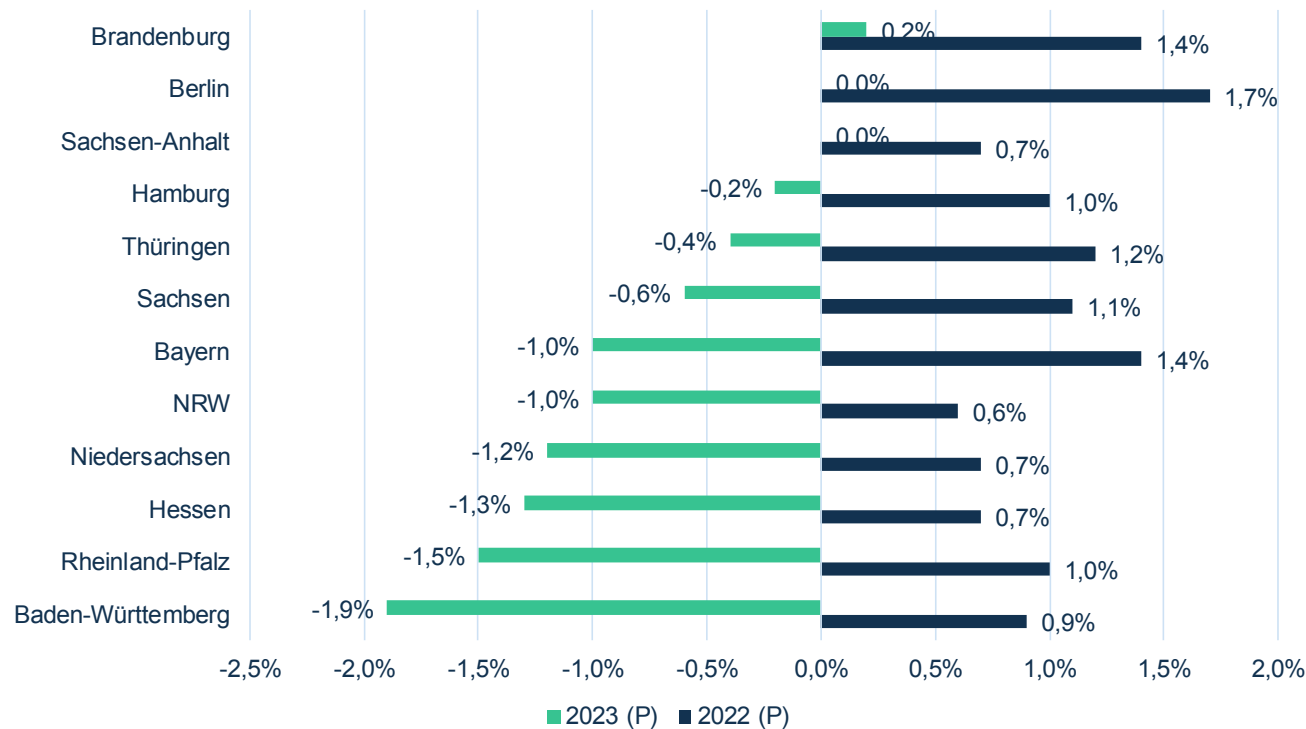
LB \equiv BW
Bereit für Neues

Konjunkturmonitor Bundesländer

Fast alle Bundesländer rutschen 2023 in die Rezession

2023 haben fast alle Bundesländer eine Rezession zu erwarten

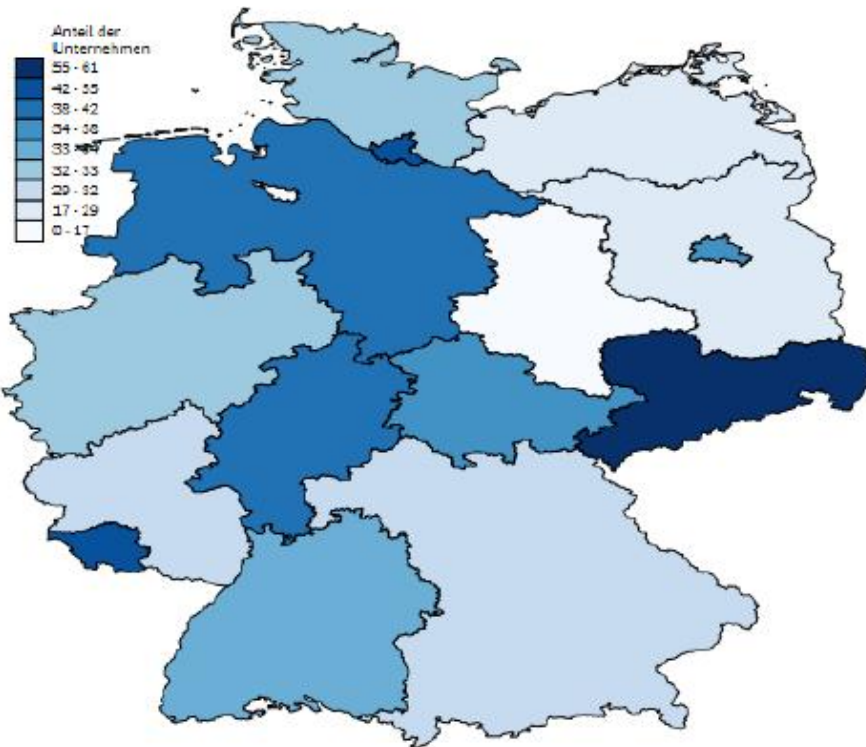
LBBW BIP-Wachstumsprognosen 2022/2023 (in %) für ausgewählte Bundesländer u. Regionen



- Wir haben unsere BIP-Prognosen für Deutschland nochmals nach unten angepasst. Wir erwarten für das laufende Jahr einen BIP-Zuwachs von nur noch 1,0% zum Vorjahr. 2023 dürfte die Veränderungsrate des realen BIP bei -1,0% liegen. Die deutsche Volkswirtschaft hätte damit eine Rezession zu erwarten.
- Die rezessiven Effekte in den einzelnen Bundesländern hängen stark von der relativen Größe des Verarbeitenden Gewerbes, der Abhängigkeit vom Export, sowie der Struktur der Energieversorgung ab.
- Baden-Württemberg dürfte 2023 die „rote Laterne“ in Bezug auf die reale BIP-Entwicklung im Bundesländervergleich tragen.

Sachsen am stärksten durch Sanktionen gegen Russland betroffen

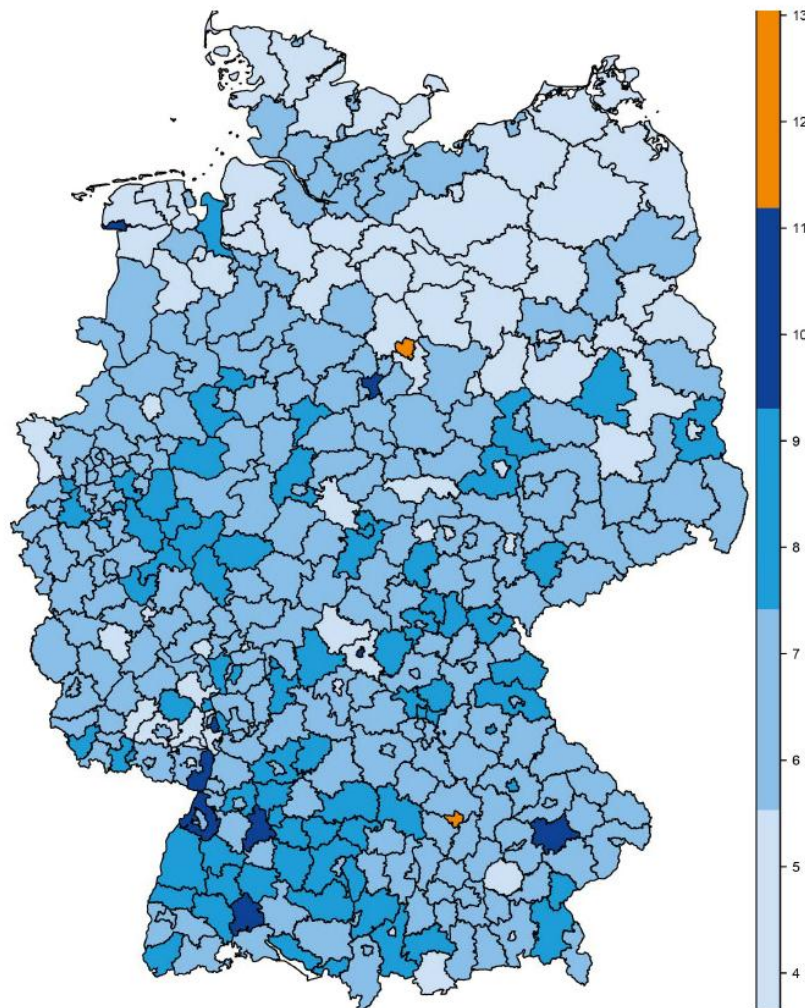
Betroffenheit des Verkaufs, Anteil der Antworten von befragten Unternehmen in %



- Der Anteil der nach Russland, Belarus und die Ukraine exportierten Waren an allen Warenexporten war für die ostdeutschen Länder im Jahr 2021 mit 2,2% in etwa genauso hoch wie für Deutschland insgesamt.
- Umfragen des IW Halle unter Unternehmen zeigen, dass die Betroffenheit durch die Sanktionen gegen Russland sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. **Mehr als die Hälfte aller Unternehmen in Sachsen geben an, besonders durch eines der Sanktionsregime in ihrem Verkauf von Waren und Dienstleistungen nach Russland betroffen zu sein (61%).** Dies steht wahrscheinlich in engen Zusammenhang mit der historischen und wirtschaftlichen Verflechtung sächsischer Unternehmen mit Russland und der relativen Wirtschaftsstärke Sachsens im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern. Unternehmen in Sachsen sind nicht aber nur beim Verkauf, sondern auch beim Einkauf am meisten von den Sanktionen betroffen.
- **Der Investitionsrückgang durch die Sanktionen bei den an der Umfrage beteiligten Unternehmen zeigt sich am stärksten in Berlin, Thüringen und Hamburg.**
- Generell gilt, dass die stärksten Einschränkungen der Sanktionen aus dem erhöhten bürokratischen Aufwand entstehen (44% der großen Unternehmen und 29% der KMUs geben dies an), gefolgt von zusätzlichen Exportkontrollen.

Der Osten weniger stark durch Gaslieferstopp betroffen als Westen

Regionale Effekte einer durch einen Lieferstopp für russisches Gas ausgelösten Rezession in Deutschland, Verlust an Bruttowertschöpfung in den Kreisen in Prozent



- Bisher stammten etwas über 50% des in Deutschland insgesamt verbrauchten Erdgases aus Russland. Durch russische Lieferungen von Erdöl und Erdgas wird ein Großteil des ostdeutschen Verbrauchs gedeckt.
- Nicht alle Regionen wären gemäß der IWH-Studie von einem russischen Gaslieferstopp gleich betroffen: Vor allem wäre dort, wo das Verarbeitende Gewerbe ein großes Gewicht hat, mit einem deutlich stärkeren Einbruch der Wirtschaftsleistung zu rechnen als andernorts. Deshalb wäre Westdeutschland und dort insbesondere der Süden stärker betroffen als der Osten Deutschlands.
- In Ostdeutschland fällt der Wertschöpfungsverlust mit 5,9% geringer aus als in Westdeutschland mit 6,8%, weil das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland mit 14% ein geringeres Gewicht an der gesamten Wertschöpfung hat als in Westdeutschland (21%).
- Ähnlich wie bei der Wertschöpfung sind in Westdeutschland mit 6,2% verhältnismäßig mehr Erwerbstätige betroffen als in Ostdeutschland mit 5,6%.

Baden-Württemberg am stärksten durch Gaslieferstopp betroffen

Wertschöpfungseffekte 2022/2023 nach Bundesländern, in %

	Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige
Baden-Württemberg	-7,7	-6,9
Bayern	-6,9	-6,4
Bremen	-6,9	-6,2
Saarland	-6,9	-6,5
Rheinland-Pfalz	-6,8	-6,0
Westdeutschland	-6,8	-6,2
Niedersachsen	-6,6	-5,7
NRW	-6,6	-6,1
Thüringen	-6,5	-6,3
Sachsen	-6,4	-6,1
Hessen	-6,3	-6,0
Hamburg	-6,2	-5,7
Sachsen-Anhalt	-6,2	-5,8
Schleswig-Holstein	-5,9	-5,4
Ostdeutschland	-5,9	-5,6
Brandenburg	-5,8	-5,2
Berlin	-5,3	-5,1
Mecklenburg-Vorpommern	-5,1	-5,1

- Gemäß der Studie des IWH wären die industrielastigen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern am stärksten durch einen Gaslieferstopp betroffen.
- Mittel- und Ostdeutschland kämen hier glimpflicher davon.

Welche Kreise wären am stärksten durch Gasstopp betroffen?

Wertschöpfungseffekte 2022/2023 in am stärksten betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten, in %

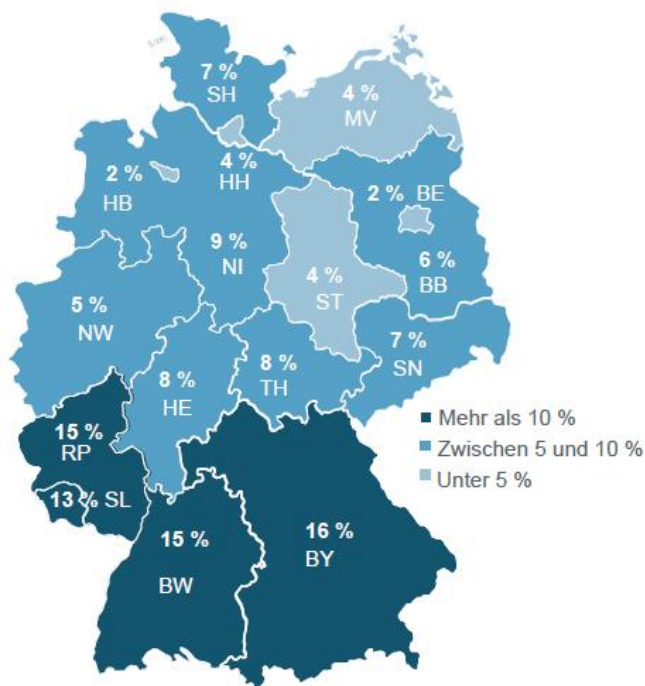
		Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige
BW	Freudenstadt, Landkreis	-8,6	-8,0
BB	Spree-Neiße, Landkreis	-8,7	-5,9
BW	Hohenlohekreis	-8,7	-8,0
HE	Groß-Gerau, Landkreis	-8,7	-6,8
BY	Altötting, Landkreis	-8,7	-7,1
NW	Märkischer Kreis	-8,7	-8,3
BW	Rottweil, Landkreis	-8,9	-8,3
NW	Olpe, Kreis	-8,9	-8,4
BW	Bodenseekreis	-8,9	-7,2
NW	Leverkusen, Kreisfreie Stadt	-9,0	-7,1
BW	Biberach, Landkreis	-9,0	-7,9
BW	Heilbronn, Landkreis	-9,2	-7,9
BY	Erlangen, Kreisfreie Stadt	-9,2	-7,5
BW	Rastatt, Landkreis	-9,3	-8,3
RP	Germersheim, Landkreis	-9,4	-7,6
BY	Schweinfurt, Kreisfreie Stadt	-9,8	-8,4
NI	Emden, Kreisfreie Stadt	-9,9	-7,8
BW	Tuttlingen, Landkreis	-9,9	-9,4
BW	Böblingen, Landkreis	-10,2	-8,4
BY	Dingolfing-Landau, Landkreis	-10,2	-8,2
RP	Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt	-10,5	-8,2
NI	Salzgitter, Kreisfreie Stadt	-10,8	-8,9
BY	Ingolstadt, Kreisfreie Stadt	-11,7	-8,6
NI	Wolfsburg, Kreisfreie Stadt	-12,5	-9,8

- Die Städte Wolfsburg, Ingolstadt, Salzgitter und Ludwigshafen wären am stärksten durch einen Gaslieferstopp betroffen.
- Dies ist der Industriestruktur (Automotive, Chemie) geschuldet.

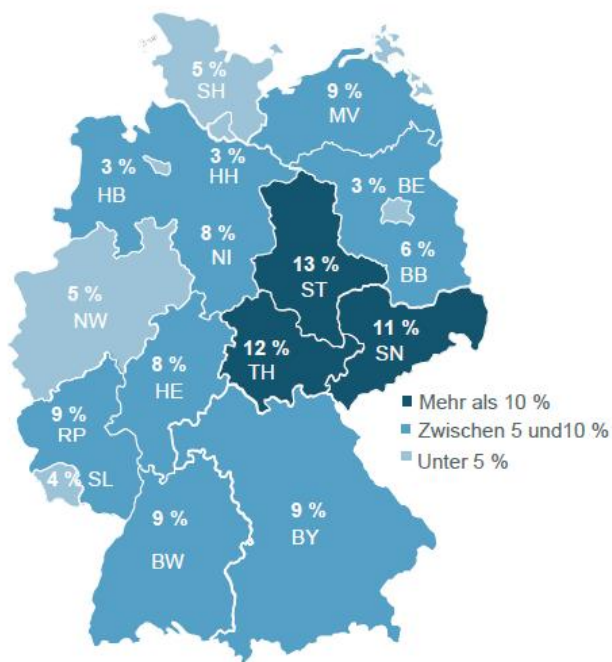
Auf welche Technologien setzen die Länder bei der Energiewende?

Ergebnisse des KfW-Energiewendebarmeters 2021, verwendete Technologien

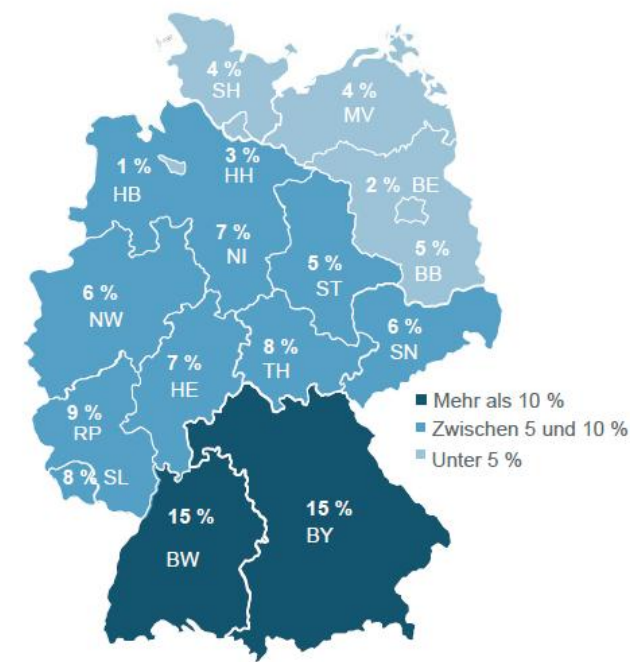
Solarthermie



Wärmepumpen



Photovoltaik



Quelle: KfW

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbar, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen. Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.